

100 Jahre
Wohnungsgenossenschaft
im Kreis Olpe,
Südsauerland eG



100 Jahre
Wohnungsgenossenschaft Olpe
1902 – 2002

Herausgeber:
Wohnungsgenossenschaft im Kreis Olpe,
Südsauerland eG
Schützenstraße 2
57462 Olpe
Tel.: 02761 / 9649-0

Text und Redaktion:
Dirk Reder, Geschichtsbüro Reder, Roeseling & Prüfer, Köln
www.geschichtsbuero.de

Lithographie:
Bianca Hagebecker, Droishagen
Druckerei Frey, Attendorn
Buch- und Offsetdruck Nübold, Altenhundem

Layout:
Hans Schlimbach AGD, Köln

Druck und Weiterverarbeitung:
Bonn & Fries, Siegen

© Olpe im Mai 2002
alle Rechte vorbehalten

| | | | | |
|---|----|--|---|-----|
| KAPITEL 1 | | | KAPITEL 7 | |
| Vorgeschichte und Gründung | 4 | | Währungsreform und Schlichtwohnungsbau | 60 |
| 1894—1902 | | | 1949—1956 | |
| KAPITEL 2 | | | KAPITEL 8 | |
| Erste Bauten und schwere Krisen | 18 | | Biggetalsperre und Schwalbenohl | 84 |
| 1902—1908 | | | 1956—1965 | |
| KAPITEL 3 | | | KAPITEL 9 | |
| Bauen, Bauen, Bauen - trotz Krieg und Revolution | 26 | | Hatzenberg und Biggesee GmbH | 98 |
| 1908—1923 | | | 1963—1970 | |
| KAPITEL 4 | | | KAPITEL 10 | |
| Baustopp in der Weimarer Republik | 34 | | Sättigung des Wohnungsmarktes | 116 |
| 1923—1928 | | | 1970—1984 | |
| KAPITEL 5 | | | KAPITEL 11 | |
| Expansion, Gleichschaltung und Übernahme durch den Kreis | 38 | | Weiherohl und Modernisierungen | 126 |
| 1928—1939 | | | 1984—1996 | |
| KAPITEL 6 | | | KAPITEL 12 | |
| Kriegs- und Nachkriegszeit: Keine Neubauten | 52 | | Entschuldung und Perspektiven | 136 |
| 1939—1949 | | | 1996—2002 | |

KAPITEL 1

Vorgeschichte und Gründung

1894–1902

4 1894–1902

»Die ... Baugenossenschaft ... ist ... nach mehrjährigem vergeblichen Versuch von mir begründet.«
(Landrat Friedrich Freusberg)

Die Gründung der Wohnungsgenossenschaft Olpe war keine einfache Angelegenheit - auch wenn es im Nachhinein gelegentlich so aussah, als seien alle Beteiligten von der Idee begeistert gewesen: Der Regierungspräsident und der Oberpräsident, der Landrat, die diversen Bürgermeister und Amtmänner, die Gewerbetreibenden, Kaufleute und Industriellen. Aber der Erfolg hat bekanntlich viele Väter. Als Landrat Friedrich Freusberg am 6. Mai 1902, also vor rund 100 Jahren, endlich zur »Constituierenden Sitzung« der »Gemeinnützigen Baugenossenschaft für den Kreis Olpe« einladen konnte, war das Projekt schon mehrfach knapp gescheitert. Und auch später wurde die Existenz der Genossenschaft noch einige Male bedroht.

Die Versammlung beschloss zunächst eine Satzung und wählte den Vorstand sowie den Aufsichtsrat. Damit konnte Landrat Freusberg seine neue »Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht« beim Amtsgericht ins Genossenschaftsregister eintragen lassen. Gegenstand der Unternehmung: »Herstellung und Einrichtung gesunder, zweckentsprechender Wohnungen und Wirtschaftsgebäude und deren käufliche oder mietsweise Überlassung an die Genossen und Genossenschaftsamtwärter zu billigen Preisen.« 200 Mark sollte jeder Geschäftsanteil kosten, 50 Anteile durften maximal erworben werden.

Warum gründeten 25 wohl situierte Bürger eine Genossenschaft, statt zur Bank zu gehen, um einen Hauskredit zu beantragen? Zur Erklärung muss man noch einmal zwanzig Jahre zurückgehen und einen Blick

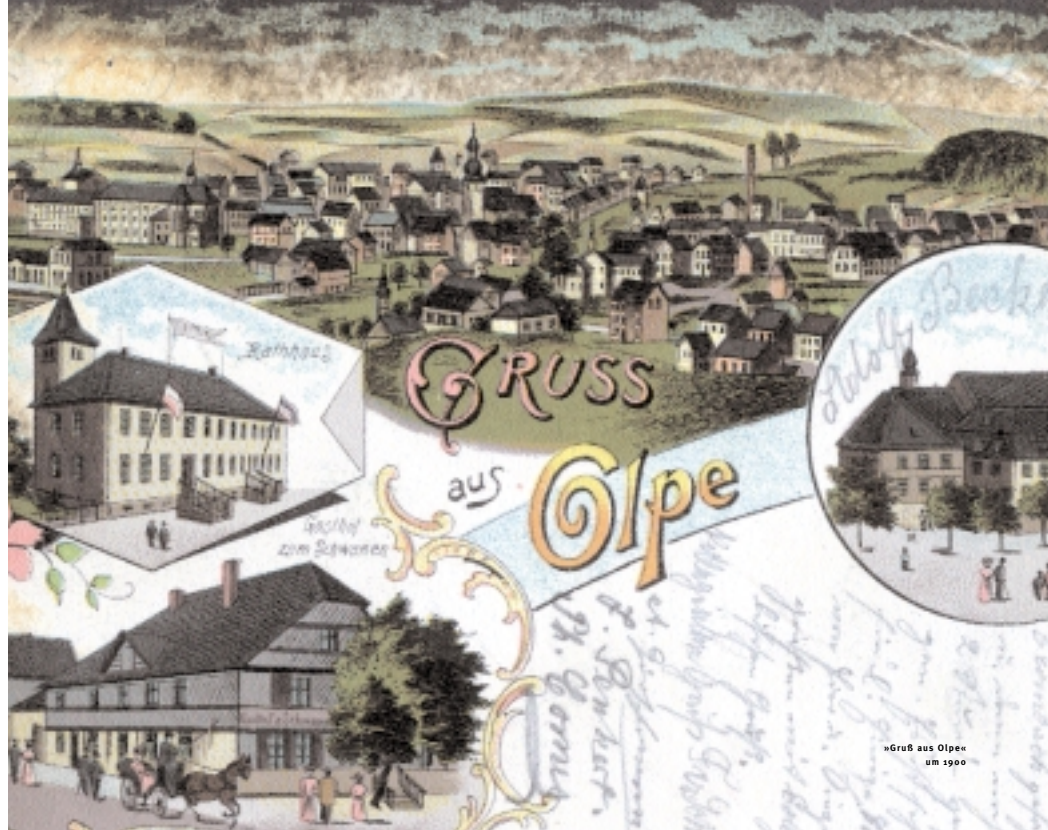
auf die »Industrielle Revolution« im Kreis Olpe werfen. Wie veränderte sie den Kreis bis zur Jahrhundertwende?

Der Eisenbahnbau

Die entscheidende Triebfeder der enormen Umwälzungen war der Eisenbahnbau. Er schloss den alten Kreis Olpe mit seinen verschlafenen alten Gewerbe- und Verwaltungsstädtchen Olpe und Attendorn, gelegen an den Knotenpunkten alter Handelsrouten, mit seinem weitgehend zersplitterten ländlichen Besitz, von dem kaum ein Bauer leben konnte, an die weitere Welt an, vor allem an das Ruhrgebiet und die Rheinschiene. Dem Eisenbahnbau folgten Fabriken, Walzwerke und Tagebau - Wohlstand für die



Die um 1220 gebaute **Burg Schnellenberg** in Attendorn gilt als die größte Burganlage Südwestfalens und ist der ehemalige Stammsitz der Freiherren von Fürstenberg





Schwefelkies, Zinkblende und Schwerspat: Der Bergbau im Kreis

Mitte des 19. Jahrhunderts setzten in Halberbracht und Meggen Mutungen auf Eisenstein ein, 1843 versuchte der Siegerner Gewerke August Schulte die Verhüttung des Eisensteins, stieß aber dann in größerer Tiefe auf Immer mehr Schwefelkies (»Eisenkies«, »Pyrit«, chem.: Eisensulfid), der seit 1853 gefördert wurde. Das Schwefelkieslager galt 1888 *wals eines der bedeutendsten und nachhaltigsten derartiger Vorkommen in ganz Europa*. Zwischen 1853 und 1862 wurden die Halberbrachter Grubenfelder an acht Einzelgewerken verliehen, die sich später zur »Siegena« zusammenschlossen. August Schulte bemühte sich, mit seinem Schwefelkies den sizilianischen Rohschwefel bei der Schwefelsäureherstellung zu verdrängen. Nach dem Bau der Eisenbahn 1861 stieg der Schwefelkiesexport, vor allem nach England, sprunghaft an. 1867 erwarb eine englische Gesellschaft drei der Grubenfelder, 1872 verkaufte sie diese an die AG Siegerner Bergwerksverein »Siegena« in Berlin, später in Hagen. 1872 erreichte die Schwefelkiesförderung mit mehr als 140.000 Tonnen aus 175 Gruben einen Höhepunkt, danach ging die Förderung zurück. 1873 beschäftigten Siegena und Sicilia 778 Arbeiter. 1875 begann der Abbau von Schwerspat (»Baryt«, chem.: Bariumsulfat), der seit etwa 1905 vor allem für die Herstellung von Weißfarben verwendet wurde, in seiner Bedeutung aber immer weit hinter dem Schwefelkiesabbau zurückblieb. 1894 wurden die Meggener Grubenfelder zur »Gewerkschaft Sicilia« vereinigt. Seit 1892 interessierte sich die Firma Sachtleben für die Verwertung der Schwefelkiesrückstände. 1906 vereinigten sich »Siegena« und »Sachtleben & Co KG« zur »Gewerkschaft Sachtleben«. Das bedeutete für den Bergbau einen erheblichen Aufschwung. 1913/15 erwarb die Sachtleben auch die Mehrheit an der Sicilia. Im 1. Weltkrieg

wuchs die Belegschaft auf fast 3.000 Menschen. Nach dem Krieg wurden zahlreiche Bergarbeiterwohnungen gebaut. 1926 verschmolzen beide Gesellschaften zur »Sachtleben AG für Bergbau und chemische Industrie«, damit war der gesamte Bergbau in Meggen und Halberbracht in einer Hand. Durch die Kriegsananforderungen stieg die Produktion von Schwefelkies 1943 auf mehr als 1 Mio. Tonnen. Ein monatelanger Grubenbrand 1943 und eine Explosion 1944 mit 72 Toten waren die Kehrseite dieser rücksichtslosen Expansion. Nach dem Krieg ging es zunächst wieder aufwärts, die Grube beschäftigte 1957 1.800 Leute, bevor sie durch den Verfall der Schwefelpreise auf dem Weltmarkt 1958 in die Krise geriet. Die Rettung brachte 1962 die Umstellung auf die Zinkproduktion aus Zinkblende. Bis 1977 war Meggen das größte Zinkbergwerk Westeuropas. 1980 wurde der Schwerspatabbau eingestellt. Bis 1986 wuchs der Schwefelkiesabbau noch (auf 1,14 Mio. Tonnen) – bei ständig sinkender Belegschaft -, aber wegen sinkender Weltmarktpreise für Schwefel und Zink musste die Grube 1992 geschlossen werden.

Die Belegschaft von Sachtleben um 1890 (links);
Carl Grundhoff, Direktor der Sachtleben AG (rechts)
Schwefelkiesabbau im Muldenlager
in Meggen (unten)



Fabrikherren und Bürger, Arbeit und häufig genug auch Elend für die Arbeiter.

Dies bedeutet zunächst einmal einen Fehltritt für den Kreis, denn nicht das Biggetal mit Attendorf und Olpe wurde 1860/61 durch eine Bahnlinie mit dem Ruhrgebiet verbunden, sondern das Siegtal mit Siegen als Endpunkt der »Ruhr-Sieg-Bahn«. Der preußische Staat entschied sich - nach erbitterten Auseinandersetzungen - für diese deutlich preiswertere Strecke von Finnentrop aus durch das Lennetal, das Hundental, über die Rahrbacher Höhe und Krombach hinunter nach Siegen. Neben den alten Verkehrsknotenpunkten entstanden nun in Grevenerbrück, Altenhundem und Meggen neue Industrien. Um die Jahrhundertwende arbeiteten 2.000 Menschen in der Meggener Industrie, in den Gewerkschaften Sicilia und Siegena, in der Christinenhütte in Maumke und in der 1890 neu gegründeten »Meggener Walzwerk AG«.

Aber für die westlichen Teile des Kreises – Olpe, Wenden oder Drolshagen – bedeutete es den wirtschaftlichen Niedergang: Da die Siegener Erze ohnehin besser waren und zudem preiswerte Steinkohle aus dem Ruhrgebiet zur Verhüttung herangefahren werden konn-



Friedrich Freusberg (1852-1916) als junger Mann. Er war Landrat des Kreises Olpe von 1886 bis 1916

te, fiel der Westkreis weiter zurück. Die heimische Holzkohle war teuer und wenig effizient, der Abtransport der fertigen Produkte über die Landstraßen nicht konkurrenzfähig gegenüber der Bahn. Die Zahl der industriell Beschäftigten sank. Daher setzten die Olper Industriellen und die Kreisverwaltung alles daran, möglichst schnell auch eine westliche Strecke von Finnentrop durch das Biggetal über Attendorf, Olpe, Rothemühle, Freudenberg und Kirchen weiter nach Betzdorf zu bauen. Bereits 1863 begannen die Vorarbeiten, 1874 erreichte die Bahn Attendorf und 1875 Olpe. 1880 war der Anschluss nach Rothemühle fertig gestellt, aber erst 1907 kam man bis Freudenberg. Auch der Anschluss Olpes über Bergneustadt nach Köln ließ noch bis 1903 auf sich warten. Der ersehnte Aufschwung in Olpe kam daher langsam, aber doch unübersehbar: Waren 1875 erst 75 Menschen in Olpe in der Industrie beschäftigt, kletterte die Zahl binnen 20 Jahren auf 600.



Der Bahnhof von Olpe im Jahre 1899. Mit dem Eisenbahnschluss der Stadt 1875 begann langsam der industrielle Aufschwung der Stadt



Der erste Zug von Olpe nach Freudenberg im Jahre 1907.
Heute gibt es hier keine Gleise mehr.

Wohlstand im Kreis

Die Eisenbahn – und mit ihr die Industrialisierung – brachte Wohlstand in den Kreis. Attendorn und Olpe verdoppelten nahezu ihre Größe. Die Bürger organisierten sich und gründeten zahlreiche Vereine und Verbände: Ländliche Genossenschaften, Arbeiter- und Kriegervereine, Schützen- und Karnevalsgesellschaften. Man kümmerte sich um die Verbesserung der Schulen: 1888 entstand die Rektoratsschule in Grevenbrück, 1892 die Höhere Töchterschule der Franziskanerinnen in Olpe, 1908 wurde der Neubau des Attendorner Gymnasiums am Westwall eingeweiht, 1911 die Rektoratsschule in Altenhundem, 1905 die Präparandenschule in Olpe und später das katholische Lehrerseminar. 1907 wurde in Attendorn die Attahöhle entdeckt und lockte von nun an Touristen in die Stadt. 1911 bekam Attendorn ein Wasserwerk. Das Attendorner Elektrizitätswerk ging – nach siebenjährigen Verhandlungen wegen des Bau des Listertalsperren-Kraftwerkes – 1909 in Betrieb und lieferte Strom für die neue Straßenbeleuchtung. Über die Elektrifizierung von Olpe wurde ebenfalls viele Jahre lang debattiert, aber hier gab es erst 1913 Strom – nach der Fertigstellung der Listertalsperre.

Die vielen Menschen, denen das Dorf weder Arbeit noch Zukunftsperspektive geben konnte, fanden nach und nach Arbeit in der entstehenden Industrie. Die Abwanderung aus dem Kreis ließ daher um 1905 langsam nach und im Gegenzug nahm die Bevölkerungsdichte im Kreis zu, zwischen 1875 und 1900 fast um 35 Prozent, ebenso viel noch einmal bis 1925. Die Industrie beschäftigte nicht nur die wachsende Bevölkerung im Kreis, sondern zog noch weitere Arbeiter von außerhalb an. Denn während ein Tagelöhner um 1900 etwa 680 Mark (im Jahr!) verdiente, kam ein Fabrikarbeiter schon auf bis zu 1.100 Mark. Das zog Leute von weither an.

Wohnungsnot im Kreis?

Diese Entwicklung hatte aber auch ihre Kehrseite. Die Gemeinden mit Industriebetrieben konnten den vielen Arbeitern keinen ausreichenden Wohnraum zur Verfügung stellen. Selbst bauen konnte damals keiner, also nahmen viele Arbeiter entweder stundenlange Fußmärsche von ihren Heimatdörfern in die Fabrik in Kauf – so mussten sie wenigstens nicht auf ihren Garten, ihren Acker und ihre Kuh verzichten – oder sie mieteten sich



Schulklasse um 1900

Der Kreis Olpe – einst und jetzt

Der Kreis Olpe bestand bei seiner Gründung am 16. Januar 1817 (bis 1819 »Bilsteiner Kreis«) aus Stadt und Amt Attendorn, Stadt und Amt Olpe sowie den Ämtern Bilstein, Drolshagen, Kirchhundem und Wenden. Die Ämter umfassten jeweils zahlreiche Gemeinden. Der Gebietsumfang des Kreises hat sich seitdem kaum verändert. 1819 wurde der Sitz des Landrats von Bilstein nach Olpe verlegt.

1825 hatte der Kreis knapp 25.000 Einwohner, heute sind es rund 141.300. Der Kreis hat eine Nord-Süd-Ausdehnung von 36 Kilometern und eine Ost-West-Ausdehnung von 38 Kilometern. Die Fläche beträgt rund 710 Quadratkilometer. Den Kreis schneiden die Bundesautobahnen A 4 (Köln-Olpe) und A 45 (Sauerlandlinie Dortmund-Frankfurt) sowie die Bundesstraßen B 54, B 55, B 236 und B 517. 60 Prozent des Kreisgebietes sind mit Wald bedeckt.

Nach 1817, in preußischer Zeit, wurde in der Provinz Westfalen der Straßenbau kräftig vorangetrieben. Den entscheidenden wirtschaftlichen Impuls erhielt der Kreis jedoch durch den Bau der Ruhr-Sieg-Bahn 1861 und der Biggetalbahn 1874/75. Auf der Basis der traditionsreichen Eisenverhüttung und -weiterverarbeitung (man denke nur an die »Wendener Hütte«) entlang von Bigge und Lenne hatte sich das verarbeitende Gewerbe von Anfang an stark entwickelt. Bis heute sind Eisen- und Metallverarbeitung die stärksten Industriebereiche im Kreis, gefolgt von der Elektro- und Kunststoffindustrie. Die 210 Betriebe in verarbeitenden Gewerbe beschäftigen heute mehr als 22.000 Menschen. Aber auch Land- und Forstwirtschaft sind weiterhin wichtig, wenn auch 1999 nur noch 2,4 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeiteten. Hinzu kommt der immer wichtiger werdende Tourismus rund um die Biggetalsperre (1965) und in den drei Naturparks, die zusammen 90 Prozent des Kreisgebietes umfassen.

Politisch war der Kreis seit 1919 fest in der Hand der katholischen Zentrums-Partei. Nach 1946 dominierte im Kreis die CDU. Seit 1946 gehört der Kreis zum Land Nordrhein-Westfalen. Mit der kommunalen Neugliederung 1969 wurde der Kreis um das Amt Serkenrode aus dem Kreis Meschede erweitert. Dennoch ist der Kreis der flächen-



mäßig und einwohnermäßig kleinste im Land Nordrhein-Westfalen.

Aus 20 Gemeinden des Kreises Olpe und drei Gemeinden des Kreises Meschede wurden 1969 sieben: Die vier kreisangehörigen Städte Attendorn, Drolshagen, Lemnestadt und Olpe, sowie die drei Gemeinden Finnentrop, Kirchhundem und Wenden.

für die Nacht irgendwo ein Bett. Das teilten sie dann meistens mit dem Kollegen von der Früh- oder Spätschicht. So entstanden in den Industrieorten, in Meggen, Kirchhundem, Olpe, Attendorn, Bilstein und in Wenden, die so genannten »Kostgängerquartiere«, deren Bewohner sich im Schichtwechsel die Betten teilten. Um die Jahrhundertwende waren das im Kreis knapp 700 Personen, die vor allem nach Kirchhundem (204), Bilstein (177), Olpe (100) und Attendorn (64) kamen.

Kaum Neubauten

Trotz der enormen Bevölkerungszunahme wurde kaum gebaut. Zwischen 1890 und 1901 stieg die Häuserzahl im Kreis (Stadt und Amt Attendorn, Stadt und Amt Olpe, Amt Bilstein, Amt Drolshagen, Amt Kirchhundem und Amt Wenden) gerade mal um elf Prozent, das waren 624 Neubauten: Die meisten Häuser wurden in den Orten entlang der Bahn gebaut: Attendorn, Kirchhundem, Olpe oder Förde. Außerdem wurden die Häuser immer billiger errichtet: Die durchschnittlichen Kosten der Neubauten sanken um ein Drittel von 5.146 Mark auf 3.620 Mark. Es wurde also kleiner und/oder einfacher gebaut. Bei durchschnittlich sieben bis zehn Menschen pro Haus boten diese Neubauten also Platz für rund 6.000 Menschen – zu wenig angesichts der industriellen Entwicklung des Kreises.

Veranlasst durch die lautstarken Klagen über die Missstände im Arbeiterwohnungswesen beschäftigte sich die Bezirksregierung in Arnsberg seit 1890 mit diesem Problem und versuchte zunächst, die Situation mit baupolizeilichen Maßnahmen zu entschärfen. Seit 1894 warb der Arnsberger Regierungspräsident Wilhelm Julius Reinhold Winzer bei den ihm unterstellten Landräten dann ganz offensiv für die Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften. Die Landräte sollten sich den vorbildlichen Verein in Dortmund ansehen und ähnliche Anstalten gründen.

1889: Bessere Rahmenbedingungen für die Baugenossenschaften

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die anfangs schwierige Situation der Baugenossenschaften durch zwei Gesetze entscheidend verbessert. Durch das Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 wurde die beschränkte Haftpflicht für die Genossen eingeführt. Während vorher jeder Baugenosse mit seinem gesamten privaten Vermögen gegenüber Gläubigern haftete – und

Friedrich Freusberg

Friedrich Freusberg (1852–1916) war von 1886 bis zu seinem Tod 1916 Landrat. Seine verzweigte Familie hatte das Landratsamt von 1817 bis 1926 inne: Von Caspar Friedrich Freusberg (1817–1836) über Adolf Freusberg (1836–1869), Josef Freusberg (1870–1883) bis zu Dr. Caspar Freusberg (1916–1926). Nach dem Abitur in Arnsberg studierte Freusberg Rechtswissenschaften und arbeitete einige Jahre als Gerichtsassessor, bevor er 1886 Landrat wurde. Er war auch Mitglied des Westfälischen Provinziallandtags (1887–1916) und der Landwirtschaftskammer Westfalen. Durch die neue Kreisordnung 1886 wurde sein Aufgabenbereich erheblich erweitert und die Zahl seiner Mitarbeiter stieg auf 13. Seine Baupolizeiverordnung vom 11. Mai 1898 regelte das Bauwesen im Kreis, und Kreisbaumeister Robert Rinscheid wurde angestellt, um die Durchführung der Verordnung zu überwachen. Freusberg war auch Vorsitzender des Landwirtschaftlichen- und Gewerbevereins, der bei der Gründung der Genossenschaft eine Rolle spielte. 1900 gründete Freusberg die Kreisgesundheits- und die Kreisgewerbekommission, um der Wohnungsnot im Kreis besser begegnen zu können.



das tat niemand gerne – mussten die Baugenossen jetzt nur noch mit ihrem eingezahlten Geschäftsanteil haften. Bürger und Unternehmer fanden sich daher eher zu einem Beitritt zu den Genossenschaften bereit, ebenso Arbeiterfamilien.

Das zweite Problem betraf die Finanzierung. Die Genossenschaften waren zunächst auf Industriedarlehen oder teure Kapitalkredite angewiesen (die sie nur schwer bekamen), zugleich mussten die ebenfalls 1889 gegründeten staatlichen Invaliden- und Rentenversicherungen – die späteren Landesversicherungsanstalten – einen Teil ihres Beitragsaufkommens über die Landesbanken als Hypotheken oder Darlehen im Kleinwohnungsbau anlegen, mit höchstens 3 1/4 Prozent Verzinsung. In Westfalen hatte Friedrich von Bodelschwingh (1831–1910) im Jahr 1892 die Versicherungsanstalten um Hausbaudarlehen für seinen 1885 gegründeten Verein »Arbeiterheim« gebeten. Während die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Westfalen (die spätere IVA) nicht abgeneigt war, hielten die meisten westfälischen Landräte derartige Kredite noch für überflüssig und setzten vorerst auf den freien Wohnungsmarkt. So teilte

Der »Rheinische Verein zur Förderung des Kleinwohnungswesens« (1897)

Die zahlreichen nach 1890 entstandenen Baugesellschaften und -genossenschaften arbeiteten zunächst ohne Verbindung nebeneinander her. Es gab weder eine einheitliche Interessenvertretung noch einen organisierten Erfahrungsaustausch. Viele der ehrenamtlichen Bauvereine brauchten jedoch dringend professionelle Beratung und bei den Kommunen musste um Unterstützung geworben werden. Die Vereine brauchten also eine zentrale Anlauf- und Auskunftsstelle, um den gemeinnützigen Wohnungsbau besser zu organisieren und publizistisch wirksamer nach außen aufzutreten.

Landrat Max Brandts (1854–1905), Direktor der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt Rheinland (der späteren IVA), gründete daher gemeinsam mit Bauvereinen, Behörden und sozial engagierten Bürgern am 10. Dezember 1897 in Düsseldorf den »Rheinischen Verein zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens« (später: »Rheinischer Verein für Kleinwohnungswesen«). Geschäftsführer wurde Gustav Gretzschel aus Düsseldorf. Der Verein sollte als »Zentralstelle für das Arbeiterwohnungswesen« die Erfahrungen aus dem Arbeiterwohnungsbau sammeln und der Öffentlichkeit zugänglich machen, um die Wohnreform (d.h. die Verbesserung der Wohnverhältnisse der Arbeiterfamilien) voranzutreiben. Zahlreiche Behörden unterstützten den Verein, die IVA stellte Büroräume und Personal. Der neue Verein entwarf Musterstatuten für die Baugenossenschaften und sammelte Baupläne von idealen Häusern. Außerdem unterstützte der Verein Bürger und Gemeinden bei der Gründung neuer Bauvereine, half bei Buchführung, Geschäftsleitung, Bilanzen, juristischen Problemen, bei der Materialbeschaffung, der Mitgliedergewinnung und der Finanzierung. Über diese direkte praktische Hilfe hinaus wirkte er als politischer Interessenverband für die Baugenossenschaften. Im Gründungsjahr gewann er bereits 160 Mitglieder, 1902 waren es schon 275 Mitglieder, unter ihnen 76 Bauvereine und 100 Behörden.

Nach dem Genossenschaftsgesetz von 1889 mussten alle Genossenschaften einem Prüfungsverband angehören. Die Verbandsprüfer begutachteten nicht nur Rechnungslegung und Geschäftsführung, sondern auch die wirtschaftlichen Verhältnisse. So sollten die oft unerfahrenen Gremienmitglieder der Genossenschaften unterstützt, aber auch kontrolliert werden. Revisionsverband für die Baugenossenschaften war zunächst



Die »Christinenhütte« in Maumke in den 20er-Jahren, neben Sachtleben eine der wichtigsten Industrieanlagen im Kreis.

Landrat Friedrich Freusberg 1894 der Versicherungsanstalt mit, er sehe nur in Meggen einen Bedarf an Arbeiterwohnungen.

Mitte September 1894 ergriff Freusberg immerhin genau hier im industriellen Zentrum die Initiative und schlug vor, dass die Meggener Industrie eine Gemeinnützige Baugesellschaft – ob als AG oder Genossenschaft – für den Arbeiterwohnungsbau gründen sollte. Tatsächlich trafen sich die Meggener Industriellen von den Gewerkschaften Sicilia und Siegena, der Christinenhütte in Maumke und dem Meggener Walzwerk im Juli 1896, um über eine gemeinnützige Baugesellschaft im Amt Bilstein zu beraten. Die Beteiligten machten billige Kredite von den Versicherungsanstalten zur Bedingung und forderten als Sicherheit die Häuser und eine Kreisbürgschaft. Allerdings führten die Verhandlungen zu keinem greifbaren Ergebnis, wie Kreiskommunalbaumeister Robert Rinscheid später kritisierte.

der Rheinische Genossenschaftsverband, dem aber vor allem die Konsum- und Kreditgenossenschaften angehörten. Als der Verband in den 90er-Jahren zu groß wurde, gründete auf seine Anregung hin der Rheinische Verein am 6. Dezember 1901 in Düsseldorf einen neuen »Verband der Rheinischen Baugenossenschaften«. Die Revisoren konnten sich jetzt ganz auf die besonderen Probleme von Baugenossenschaften spezialisieren und ihre Erfahrungen kontinuierlich an andere Genossenschaften weitergeben.

1899: Keiner will die Baugenossenschaft

1899 machte Landrat Freusberg einen zweiten Anlauf und bat die Industriellen des Kreises zu einer Beratung über die »Bildung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft zur Erbauung von Arbeiterwohnungen«. Freusberg betonte den Einfluss guter Wohnungen auf das Familienleben, den Gesundheitszustand und damit auf die ganze Stimmung der Arbeiter. Direktor Carl Loehr aus Meggen unterstrich eindrücklich die »erste soziale Pflicht« des Arbeitgebers für die Wohnungen der Arbeiter, denen »selbst meistens das notwendige Verständnis hierfür abgeht«. Man fasste die Organisation einer Genossenschaft oder Aktiengesellschaft für den ganzen Kreis ins Auge und beauftragte eine Kommission, sich weiter darum zu kümmern.

Und das war's. Als der Oberpräsident sich im Juli 1899 erkundigte, ob die Baugenossenschaft nun gegründet sei, musste Freusberg abwiegen. Der Regierungspräsident verschickte sogar Musterstatuten des »Rheinischen Vereins für die Förderung des Kleinwohnungswesens«, um seinen Landräten vorwärts zu helfen. Die Botschaft kam bei Freusberg zwar an, seinen Bürgermeistern und Amtmännern gegenüber betonte er aber im August 1899 seine Entschlossenheit, »eine – nicht bloß auf den Arbeiterstand beschränkte – gemeinnützige Baugenossenschaft für den ganzen Kreis Olpe ins Leben« zu rufen.

Aber eigentlich wollte keiner eine Genossenschaft. Befragt nach den Wohnungsverhältnissen der Arbeiter, meldete der Olper Bürgermeis-

ter am 17. Januar 1900 die »durchweg auskömmliche Wohngelegenheit« der Arbeiter. Auf dem Lande seien sie »noch besser dran«. Die Rheinisch-Westfälischen Kupferwerke hatten zehn Arbeiterwohnhäuser gebaut und der Bürgermeister fand: »Dem vorhandenen Bedürfnis wird hiermit leicht abgeholfen«. Seine Kollegen in den anderen Ämtern und Städten äußerten sich noch 1901 ganz ähnlich.

Das sah Freusberg allerdings völlig anders: Im April 1900 gründete er die Kreisgesundheitskommission, um Ermittlungen über die ungenügenden und gesundheitsschädlichen Wohnungen im Kreis anzustellen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Parallel dazu berief er eine Kreisgewerbekommission, die die kaufmännische Abwicklung der Genossenschaftsgründung in die Hand nehmen, Statuten entwerfen und das Finanzielle regeln sollte. Die Baugenossenschaft wurde also von vornherein als Kreisgenossenschaft geplant, zuständig für den ganzen Kreis Olpe. Denn der Kreis war inzwischen deutlich ins Hintertreffen geraten: Allein im Regierungsbezirk Arnsberg gab es im Jahre 1900 43 gemeinnützige Wohnungsunternehmen, die bereits mehr als 2.700 Wohnungen gebaut hatten. Mit weiteren 16 Unternehmen aus den Regierungsbezirken Münster und

Minden waren es sogar 3.500 Wohnungen. Allerdings hatte die Industrie schon fast 22.200 Wohnungen für ihre Arbeiter gebaut.

1901: Freusberg geht an die Öffentlichkeit

Aber Landrat Freusberg war offenbar inzwischen klar geworden, dass mit der Industrie alleine keine Baugenossenschaft zu gründen war. Deshalb änderte er seine Vorgehensweise und wandte sich an die Öffentlichkeit: Im Januar 1901 lud er den Geschäftsführer des Rheinischen Vereins, Gustav Gretzschel, zu einer Vortragsreise durch den Kreis ein, um die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Bauvereins zu überzeugen. Nachdem Gretzschel die ersten Termine wegen Krankheit und Arbeitsüberlastung absagen musste, fanden dann mindestens drei öffentliche Vorträge statt: Am 29. November 1901 in Olpe, am 15. Januar 1902 in Attendorn und am 23. Januar in Altenhundem. Freusberg wollte jetzt eine möglichst breite



Carl Loehr

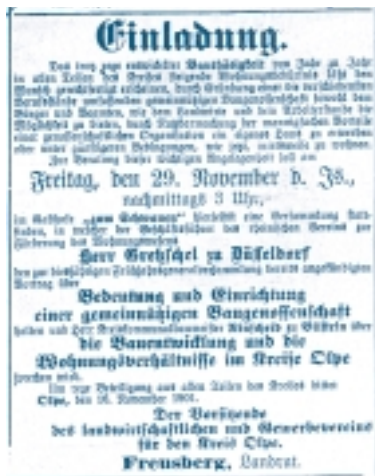
tet. Schon die erste Veranstaltung in Olpe war ausgezeichnet besucht: »Schon vor Beginn der Versammlung war der Schwanensaal so überfüllt, dass die Nachbarn Stühle und Bänke herschleiften, um den wartenden Leuten auf den Gängen und Fluren Sitzgelegenheiten zu bieten«, berichtete das Sauerländische Volksblatt. Während Gretzschel über die wirtschaftliche, soziale, sanitäre und sittliche Bedeutung von Genossenschaften sprach, redete Kreisbaumeister Rinscheid Klartext über die Wohnungssituation im Kreis, um den Verantwortlichen endlich die Augen zu öffnen.

Die Besichtigungsprotokolle des Kreiskommunalbaumeisters

Seit der Jahrhundertwende schrieben baupolizeiliche Verordnungen Mindeststandards für Wohnungen vor und boten den Behörden die Möglichkeit, Missständen entgegenzutreten. So schrieb die Polizeiverordnung der Regierung in Arnsberg vom 11. Juli 1901 vor, dass »zum Bewohnen ungeeignete oder überfüllte« Wohnungen nicht mehr bezogen werden dürften. Geeignete Wohnräume mussten verschließbar sein, Fenster und einen vernünftigen Fußboden besitzen und sie durften keine direkte Verbindung mit Abtritten haben. Außerdem mussten sie mindestens einen Meter aus der Erde schauen (keine Keller), mussten über einen Abort und gesundes Wasser verfügen. Die Räume galten als überfüllt, wenn sie nicht jeder Person über zehn Jahren zehn Kubikmeter Raumluft boten (also fünf qm Fläche pro Person!). Kindern unter zehn Jahren standen mindestens fünf Kubikmeter zu. Bei Personen über 14 Jahre sollten die Geschlechter getrennt schlafen können und für Ehepaare sollte ein eigener Schlafraum vorhanden sein. Letzlich wurden diese Vorschriften aber oft genug durch den Wohnungsmangel unterlaufen, blieben also Theorie.

Seit August 1898 war der Bautechniker und Landwirt Robert Rinscheid Kreisbaumeister des Kreises Olpe. Seine Aufgabe war es, die Ortsbehörden bei der Prüfung der Baugesuche zu beraten, die Bauausführung zu kontrollieren und den Bauzustand der kommunalen Gebäude und der Schulen ständig zu überwachen. Offensichtlich überprüfte Rinscheid im Auftrag des Kreises auch die Wohnsituation der ärmeren Bevölkerungsschichten, wie aus seinem Vortrag deutlich hervorgeht:

Das »Wohnungswesen im Kreis liegt im Argen«, warnte Rinscheid. Bei einer Wohnungsbesichtigung habe er eine Familie unter »haarsträubenden Verhältnissen« in einem alten, auffälligen Stall gefunden. Die



Im Sauerländischen Volksblatt wurde am 16. November 1901 zur Beratung über die Baugenossenschaft eingeladen

Basis für die Baugenossenschaft: Sie sollte »die verschiedensten Berufsstände umfassen«, um »sowohl dem Bürger und Beamten, wie dem Landwirte und dem Arbeiterstande die Möglichkeit zu bieten ... ein eigenes Haus zu erwerben oder ... mietsweise zu wohnen.«

Gustav Gretzschel vom Rheinischen Verein wurde von Kreisarzt Dr. Stühlen und »Kreiscommunal-Baumeister« Robert Rinscheid beglei-



Brautpaar Grevenbrück um 1900. Viele Menschen im Kreis lebten damals in ärmlichsten Verhältnissen

Wohnung lag einige Stufen unter der Erdoberfläche, hatte nur wenige winzige Fenster und war feucht: »Die Frau, die mir entgegnetrat«, so berichtete Rinscheid, »zeigte keine Spur einer gesunden Gesichtsfarbe, vielmehr war das Gesicht mit starkem Ausschlag bedeckt. Ich rief: Wie können Sie in einer solchen Wohnung wohnen. Sie müssen ja krank werden. Die Frau antwortete: »Gewiß, ich weiß ja recht wohl, dass wir hier zu Grunde gehen, meine Schwester haben wir vor 14 Tagen beerdigt, dieselbe ist, wie der Arzt erklärte, infolge der schlechten, feuchten Wohnung krank geworden und gestorben und auch wir, meine Kinder und ich, gehen hier langsam, aber sicher zu Grunde. Eine andere Wohnung können wir nicht bekommen, da mein Mann nur wenig verdient und uns, da wir viele Kinder haben, niemand nehmen will.«

In einem anderen Verwaltungsbezirk hatte ein Hausbesitzer nachträglich um die Genehmigung einer Wohnung in einem umgebauten Fabrikgebäude gebeten. Bei der Überprüfung stellte sich heraus, es handelte sich um »kleine, elende Räume mit völlig unzureichender Beleuchtung, eine Treppe steil wie eine Hühnerleiter und nur 60 cm breit«. Die Deckenhöhe betrug nur 1,72 Meter, Toiletten fehlten. Andere Wohnhäuser mussten wegen Einsturzgefahr geschlossen oder sogar abgerissen werden.

Rinscheid wies darauf hin, dass die Tuberkulose eine »Wohnungs-krankheit« sei. Auch am Schlafgänger-System übte Rinscheid heftige Kritik und warnte vor den gesundheitlichen Folgen und der »Verwilderung der Sitten«. Die neue Baupolizeiverordnung habe zwar »für eine gewisse Gesundung der Verhältnisse« gesorgt, es dem Arbeiter gleichzeitig aber schwerer gemacht, ein eigenes Heim zu bauen. Die Industrie im Kreis musste sich für ihre geringe Bereitschaft, an diesen Zuständen etwas zu ändern, die heftige Kritik Rinscheids gefallen lassen.

An der folgenden Diskussion, bei der es vor allem um die Beteiligung der Sparkassen ging, beteiligten sich allerdings nur wenige Besucher – außer Freusberg und Gretzschel nur der bekannte Tabakfabrikant Josef Brill aus Kirchweisdede.

Die Kreisgewerbekommission berät die Statuten

Trotzdem war die Veranstaltung für Landrat Freusberg offenbar ein Erfolg. Gleich am nächsten Tag (30.11.1901) ließ er die Kreisgewerbekommission über die Statuten beraten. Mit etwas Druck sorgte Freusberg dafür, dass die wichtigsten Leute anwesend waren, darunter der Olper Bürgermeister Sommerhoff, der Bilsteiner Amtmann Schulte, Gretzschel vom



Im Gasthof zum Schwanen in Olpe wurde 1902 die Wohnungsgenossenschaft gegründet

Rheinischen Verein und der erwähnte Tabakfabrikant Brill (die Tabakfabrik Brill in Bilstein und später Kirchweisdede existierte von 1809 bis 1957. Josef Brill selbst war von 1906 bis 1931 Amtsbeigeordneter in Bilstein).

Die Kommission stimmte dem Statutenmodell des Rheinischen Vereins im Wesentlichen zu, allerdings sollten die Vorstandsmitglieder aus den verschiedenen Städten des Kreises kommen. Die Genossenschaft sollte »die Herstellung und Einrichtung gesunder, zweckentsprechender Wohn- und Wirtschaftsgebäude und deren käufliche oder miethweise Überlassung an die Genossen und Genossenschaftsanwärter zu billigen Preisen« übernehmen. In zwei wichtigen Punkten wich der Entwurf allerdings vom rheinischen Modell ab: Zum Ersten sollte die Genossenschaft drei »Abteilungen« haben: Eine für Bürger- und Beamtenhäuser, eine für ländliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude und eine für Arbeiterwohnungen. Um Gebührenbefreiungen zu bekommen (»Stempelfreiheit«), wurden die Abteilungen später wieder fallen gelassen und nur noch Wohnungen für »unbemittelte Schichten« errichtet. Zum Zweiten wurde das Zahlenverhältnis von Aufsichtsrat und Vorstand völlig umgedreht: Geplant wurde ein sehr großer, vierzehnköpfiger Vorstand (nach den Musterstatuten sollten es drei sein) und ein dreiköpfiger Aufsichtsrat für die drei Abteilungen (im Muster waren es neun). Außerdem wurden »Genossenschaftsanwärter« eingeführt.

Werden genügend Anteile gezeichnet?

Jetzt fehlten nur noch die Genossen. Im Anschluss an die drei Vortragsveranstaltungen hatten offenbar einige Bürger Anteile gezeichnet – als Erste Carl Wirth aus Rothemühle und August Bergmoser aus Altenhundem –, aber es waren längst noch nicht genug. Freusberg war offenbar in Sorge und machte Anfang Februar 1902 noch einmal Druck: Wenn nicht bis zum 1. April mindestens 100 Anteile gezeichnet würden, »wird der Angelegenheit vorläufig keine Folge gegeben werden können«. Hatte er schon die Lust verloren?

Aber seine Sorge war unbegründet: Bereits Ende Februar waren 99 Anteile gezeichnet, davon allerdings 68 durch die Industrie, davon allein 40 von den Rheinisch-Westfälischen Kupferwerken in Olpe. Nun konnte es also weitergehen. Um die eigentliche Gründung besser vorzubereiten, bat Freusberg um die »Wünsche und Meinungen« der Bauwilligen: Er lud »alle Bewohner des Kreises, die mit Inanspruchnahme der Genossenschaft zu bauen beabsichtigen, ihr einen Bauplatz zur Verfügung stellen

können oder selbst Einige Mittel zu Bauen haben, hier ein, ihre ... Wünsche und Meinungen schon jetzt dem Unterzeichneten schriftlich einzureichen, damit die Anträge schon vor dem 1.4.02 vorbereitend bearbeitet werden können.«

6. Mai 1902: Die Gründungsversammlung

So vorbereitet trat dann am 6. Mai 1902 die »Constituierende Versammlung« der »Gemeinnützige Baugenossenschaft für den Kreis Olpe« eGmbH im Olper Hotel »Zum Schwanen« zusammen. 25 Interessenten



Olpe 1902: Meldung des Sauerländischen Volksblattes über die Gründung der Baugenossenschaft.

hatten inzwischen 101 Anteile gezeichnet, und sie waren fast alle anwesend: Da waren die beteiligten Beamten – Landrat Freusberg, Bürgermeister Sommerhoff aus Olpe und Kreiskomunalbeamte Rinscheid –, fünf Industrievertreter (Hesse aus Olpe, Brill aus Kirchweisdede, Vertreter der Meggenner bzw. Halberbrachter Gewerkschaften Sicilia und Siegena sowie

Heinrich Sommerhoff

Heinrich Sommerhoff (1870–1953) stammte aus Bilstein und trat nach dem Abitur in Attendorn und dem einjährigen Militärdienst 1892 als Volontär in den Dienst der preußischen Provinzialverwaltung. Zunächst war er bei der Regierung in Arnsberg, 1893 kam er an das Landratsamt in Olpe. 1901 ging er als Sekretär an das Berliner Handelsministerium, wurde aber schon am 24. Juni 1901 zum Olper Bürgermeister gewählt. Während seiner Amtszeit wurden die städtischen Finanzen geordnet, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk gebaut, Rathaus, Finanzamt und Lehrerseminar errichtet. Weil Sommerhoff sich nach der Machtübernahme durch die NSDAP 1933 geweigert hatten, auf dem Rathaus die Hakenkreuzfahne zu hissen, wurde er zunächst einige Tage in Schutzhaft genommen und dann zur Pensionierung zum 31. März 1933 gezwungen. Sommerhoff zog nach Beuel und später nach Bonn, wo er seinen Lebensabend verbrachte.



- Direktor Dr. Louis Döpp von der Aktiengesellschaft Meggener Walzwerk und
- der Dreher August Bergmoser aus Altenhundem.

Insgesamt also ein recht vielfältiges Bild. Homogener war der Aufsichtsrat, denn er war fest in der Hand der Industrie: Es waren dies unter dem Vorsitz von Landrat Friedrich Freusberg der schon erwähnte Direktor Carl Loehr (Walzwerk Meggen), Direktor Hubert Hesse (Olpe), Direktor Carl Grundhoff (Meggen) und der Bauunternehmer Engelhardt aus Altenhundem. Bemerkenswerterweise war bis 1905 niemand aus Attendorn in Aufsichtsrat oder Vorstand vertreten. Bürgermeister Sommerhoff sollte die büromäßigen Vorbereitungen treffen, damit die Genossenschaft zügig mit der Arbeit beginnen konnte. Später schrieb Landrat Freusberg stolz: »Die ... Baugenossenschaft ... ist ... nach mehrjährigem vergeblichen Versuch von mir begründet«.

Die erste Sitzung von Aufsichtsrat und Vorstand

Acht Wochen später, am 11. Juli 1902, trafen sich Aufsichtsrat und Vorstand zur ersten gemeinsamen Sitzung. Inzwischen lag auch eine gedruckte Satzung vor. Auf der Tagesordnung standen die Geschäftsordnung, die Verwaltung, die Aufwandsentschädigung für Rinscheid sowie die ersten Bauanträge. Zunächst war es jedoch wichtig, sich die Unterstützung des Kreises und vor allem der Gemeinden zu sichern. Daher sollten diese gebeten werden, der Genossenschaft als korporative Mitglieder beizutreten. Außerdem sollten die Gemeinden wo immer möglich Steuererleichterungen und Gebührenbefreiungen gewähren und schließlich gegenüber den Darlehensgebern der Genossenschaft Garantieverpflichtungen für 16die Baudarlehen übernehmen.

Den gesamten Geschäftsverkehr der Genossenschaft übernahm im Auftrag von Sommerhoff der Olper Stadtoberinspektor Klein, der bei Bedarf weitere Beamte hinzuziehen konnte. Kasse und Geldgeschäfte der Genossenschaft liefen über die Olper Stadtkasse, zunächst über den Stadtkassenrendanten Ruegenberg und später über den Stadtrechtsmeister Heinrich Kramer (zu ihm später mehr). Damit blieben die Verwaltungskosten der Genossenschaft sehr niedrig. Verabschiedet wurden außerdem eine Geschäftsanweisung für den Vorstand und eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat.

Die 25 ersten Baugenossen interessierten sich vor allem für den Bau von Arbeiterwohnhäusern: 70 der 101 Anteile hatte die Industrie in Olpe und Meggen alleine dafür gezeichnet. Bürger- oder Beamtenhäuser wollten immerhin noch zehn Interessenten bauen (vor allem Privatleute), landwirtschaftliche Bauten nur drei Genossen. Kreiskommunalbaumeister Rinscheid wurde beauftragt, die ersten Bauprojekte zu entwerfen. Dafür ließ sich die Genossenschaft Musterentwürfe für Kleinwohnungsbauten kommen und erarbeitete Richtlinien für die Durchführung von Bauprojekten bis zur schlüsselfertigen Herstellung für den Interessenten. Um die notwendigen Kredite zu beschaffen, nahmen Aufsichtsrat und Vorstand Kontakt zu den Kreditinstituten auf.

Der »Westfälische Verein zur Förderung des Kleinwohnungswesens« (1902)

Inzwischen war am 24. Februar 1902 der »Westfälische Verein zur Förderung des Kleinwohnungswesens« gegründet worden. Damit stand für die Westfälischen Baugenossenschaften ein Dachverband zur Verfügung, der bei der weiteren Arbeit äußerst hilfreich sein sollte.

Am 19. März 1901 hatte der preußische Minister für Handel und Gewerbe die Oberpräsidenten aufgefordert, die »gemeinnützige gesellschaftliche Tätigkeit ... [zu fördern], um die Wohnverhältnisse der Arbeiter und der minderbemittelten Bevölkerungskreise ... zu verbessern«. Der westfälische Oberpräsident v.d. Recke bereitete daraufhin seit Herbst 1901 die Gründung des »Westfälischen Vereins zur Förderung des Kleinwohnungswesens« vor, der am 24. Februar 1902 in Dortmund gegründet wurde. Damals gab es in Westfalen bereits 61 Bauvereinigungen. Als eine »Organisation auf breiter Grundlage« sollte er die Provinzialversicherungsanstalten bei der Verbesserung des Kleinwohnungswesens unterstützen und die verschiedenen Bemühungen auf »dem Gebiet der Wohnungsfürsorge« bündeln. Der Verein sollte Material zum Wohnungswesen sammeln, sichten und durcharbeiten, mit Behörden, Korporationen, Vereinen und Privatleuten Kontakt aufnehmen, Erfahrungen austauschen, Fragen zum Wohnungswesen klären, Rat erteilen, Hilfe leisten und die »öffentliche Meinung« aufklären. Gemeinnützigen Bauunternehmungen sollte er billige Baugelder vermitteln und die »gewissenhafte Prüfung« organisieren. Den Behörden wurde »weitgehendster Einfluß« auf den Verein eingeräumt. Bei seiner Gründung hatte der Verein 166 Mitglieder, zehn Jahre später

waren es bereits 424, darunter 11 hohe Behörden, 162 Gemeinden, 108 Baugenossenschaften, 39 Industriebetriebe und die gesamte Führungselite aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und der sozialreformerischen Bewegung. Führender Kopf des Vereins war Landesrat Dr. Herrmann Althoff, zugleich Vorsitzender der LVA Westfalen, die dem Verein und später dem



Stadtsicht Attendorn um 1910. Blick von Osten über die Fintnetroper Straße auf das Stadtzentrum.

Verband Büros und Personal zur Verfügung stellte. LVA, Verein und Revisionsverband waren sowohl in der Rheinprovinz als auch in Westfalen personell und räumlich eng miteinander verzahnt.

Nach rheinischem Vorbild schlossen sich 17 westfälische Baugenossenschaften, die gemeinsam 6.000 Wohnungen bewirtschafteten, am 3. Juni 1903 in Dortmund zu einem eigenen Revisionsverband zusammen, der neben der Prüfung der Mitgliedsunternehmen auch die Interessenvertretung übernehmen sollte. An der Spitze des Verbandes stand ebenfalls Dr. Althoff. Jährlich tagte der Verbandstag aus den Vertretern der Mitglieds-genossenschaften. Der Vorstand wählte Verbandsrevisoren, die alle zwei Jahre die Mitglieder zu prüfen hatten. Von 1902 bis 1912 stieg die Zahl der gemeinnützigen Bauvereinigungen in Westfalen von 61 auf 165 an, von denen 141 Mitglied des Verbandes waren.